

Europas Antwort auf SDI

von Egon Bahr

SPD-Abrüstungsexperte Bahr ist seit September 1984 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Angesichts der amerikanischen Entschlossenheit, zu erforschen, auf welche Weise modernste Waffensysteme im Weltraum funktionieren würden, und sie dann auch zu stationieren, ist eine Bestandsaufnahme erforderlich.

Zum erstenmal seit 17 Jahren stellen die USA Charakter und Aufgaben ihrer strategischen Nuklearwaffen zur Diskussion. Genauer: Zum zweitenmal hat Amerika einen Prozeß begonnen, an dessen Ende eine neue Strategie stehen wird.

Das erste Mal geschah dies Ende der 50er Jahre, als die USA durch sowjetische Interkontinentalraketen verwundbar geworden waren. Damals erklärten sie es für nicht mehr glaubwürdig, mit dem Einsatz ihrer eigenen Existenz drohen zu müssen, falls die Sowjet-Union einen begrenzten Angriff in Europa beginnt. Die Strategie der massiven Vergeltung wurde nach einem sieben Jahre laufenden Prozeß durch die Strategie der flexiblen Antwort abgelöst. Die Sicherheit Amerikas wie seine Glaubwürdigkeit verlangten eine Strategie, die eben nicht mehr bis zum allgemeinen globalen Nuklearkrieg durchskalieren durfte, sondern flexible, anhaltbare Stufen einführte; der Krieg sollte begrenzt werden, auf Europa.

Die Frage, ob man sich auf Amerika verlassen könne, angesichts einer Strategie, die im schlimmsten Fall für Europa seine völlige Zerstörung und für Amerika den Verlust seines Expeditionskorps bedeuten würde, war einer der Gründe für den Beschluß de Gaulles, eine französische Atomwaffe zu entwickeln.

Im Grunde ist der amerikanische Wunsch, nach Möglichkeit Abwehrwaffen im Weltraum zu stationieren, der Heilungsversuch des Ende der 50er Jahre erlittenen Traumas, verwundbar geworden zu sein. Unter der Strategie der massiven Vergeltung stand Amerika für Europa in jedem Falle eines Angriffs mit allem, was es hatte. Unter der Strategie der flexiblen Antwort ist die Existenzfrage für Amerika zur dritten Stufe der Nato-Triade geworden, zur Rückversicherung, wenn alle Stricke (konventionelle und taktisch-nukleare) reißen.

Die Identität der Sicherheit im Bündnis war damit verlassen; denn in den ersten beiden Stufen der Triade steht „nur“ die Existenz der europäischen Partner (und das Schicksal einer US-Armee) auf dem Spiel. Der Schritt von der massiven Vergeltung zur flexiblen Antwort war zwar kein politisches, aber ein strategisches Disengagement.

Der Schritt in den Weltraum ist die Fortsetzung in dieselbe Richtung. Gelingt er, dann verlieren die amerikanischen strategischen Waffen ihre Funktion der letzten Rückversicherung, die sie nach der Triade haben.

Das gilt um so mehr, falls auch die Sowjet-Union derartige Waffensysteme entwickeln würde. Wenn beide Seiten sicher wären, daß ihre strategischen Waffen unbenutzbar sind, wächst die Gefahr für Europa.

Aber auch falls dies nur unvollständig erreichbar ist, müssen sich Auswirkungen auf die heute gültige Strategie ergeben. Das gilt sogar unabhängig davon, was am Ende des heillosen Durcheinanders von amtlichen amerikanischen Begründungen und den Widersprüchen zwischen Weißem Haus und Pentagon als Ziel herauskommt: „Alle Atomwaffen abschaffen“ oder „Abschreckung überwinden“ oder „Abschreckung verbessern“ – Amerika ist entschlossen, seiner strategischen Nuklearmacht eine neue Rolle zu geben, und zwar eine Rolle, über die es allein verfügt.

Das Ziel der größeren Sicherheit für Amerika ist legitim; die Sorge Europas, was die Folgen angeht, auch. Es ist jedenfalls genauso legitim, die Frage aufzuwerfen, ob es für Europa größere Sicherheit geben kann.

Damit stellen sich alle Fragen, die die SPD zur Veränderung der Strategie der flexiblen Antwort vor drei Jahren zu erörtern begonnen hat. Die Überwindung der Abschreckung durch gesicherte Defensivfähigkeit ist eine Zielvorstellung am Ende eines langen Prozesses geworden, nicht weniger berechtigt als die amerikanische Vision.

Aber plausibler: Man muß nicht in den Weltraum gehen, ein neues destabilisierendes Waffenrennen beginnen, um die Abschreckung zu überwinden. Strukturelle Defensivfähigkeit ist nicht nur zwischen den Supermächten, sondern in Europa erstrebenswert und jedenfalls billiger.

Wer nach einer europäischen Antwort auf die amerikanische Herausforderung sucht, muß fragen, ob es dieses Europa gibt. Der Schlüssel für die Antwort liegt in Paris. Auf die erste amerikanische Herausforderung, das strategische Disengagement durch Aufgabe der massiven Vergeltung, hat Frankreich mit der eigenen Atomwaffe und seiner nationalen Strategie geantwortet. Wenn es auf die zweite amerikanische Herausforderung nicht eine europäische Antwort

gibt, wird es auch keine europäische Antwort in Amerika geben.

Es könnte sein, daß Frankreich endlich die Identität seiner Sicherheitsinteressen mit denen Europas bestätigt. In diese Richtung hat sich der Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs (PSF) für internationale Beziehungen, Jacques Huntzinger, auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der europäischen Nato-Länder am 21. März 1985 in Lissabon geäußert: „Frankreich hat ein vitales Interesse, daß seine Abschreckung und seine Verteidigung mit ihrer vollen Wirksamkeit zum Schutze Westeuropas eingesetzt werden und zu allererst zum Schutze der Sicherheit des Territoriums, das am weitesten vorgelagert und in Europa am verwundbarsten ist, aber gleichzeitig an Frankreich grenzt, d. h. das Territorium der Bundesrepublik Deutschland.“

Lionel Jospin, der Erste Sekretär der PSF, hat diese Linie auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale im April in Brüssel vertreten. Seine Partei will für Ende dieses Monats ein außenpolitisches Grundsatzpapier vorbereiten.

Wenn diese Linie französische Politik wird, haben wir es mit einer neuen Lage in Europa zu tun. Dann ist die Voraussetzung gegeben, um den zweiten, den europäischen Pfeiler des Atlantischen Bündnisses zu gießen.

Zur Bestandsaufnahme gehört die Tatsache, daß die Sowjet-Union nach der Stationierung der „Pershing 2“ und Cruise Missiles die Bedrohung Westeuropas durch die Aufstellung von SS-20-Raketen in der DDR und der CSSR verstärkt hat. Auch wenn weder die Regierung in Bonn noch die in Moskau das, aus unterschiedlichen Gründen, gern hören, ist diese Situation objektiv eingetreten. Auch wenn diese Gegenmaßnahme als Teil der Fixierung der sowjetischen Politik auf die USA und ihre Waffen zu verstehen ist, über die allein die Amerikaner verfügen, werden die Europäer in Haftung genommen. Mitgefangen – mitgegangen ist eine Moskauer Begründung, die zudeckt, daß es um eine amerikanische und nicht um eine deutsche, italienische oder belgische Bedrohung geht.

Wer über die Selbstbehauptung Europas nachdenkt, wird deshalb die französische Beteiligung für ebenso unerlässlich halten müssen wie eine Reduzierung der Bedrohung Westeuropas durch die Sowjet-Union.

Europa muß erkennen, daß die Machtpole nach Osten und Westen gewandert sind; und es befindet sich selbst als Vorfeld, als Glacis in der durchaus nicht immer gemütlichen Lage mitten zwischen beiden Supermächten und ihren Interessen, Wünschen und Sorgen. Was die militärische Macht angeht, so ist der Abstand zwischen allen europäischen Staaten auf der einen und den

beiden Supermächten auf der anderen Seite gewachsen. Das militärische Gewicht Europas hat abgenommen. Diese Entwicklung geht weiter.

Der Vorsprung der beiden Supermächte ist nicht mehr einholbar. Hier mithalten zu wollen würde zur Selbstaufgabe Europas führen. Europas Stärke liegt nicht in seinen militärischen Möglichkeiten, sondern in seiner wirtschaftlichen Kraft, in der Intelligenz seiner Wissenschaftler und Ingenieure und im Leistungswillen seiner Menschen. Die Kraft Europas liegt im friedlichen Wettbewerb. Es wäre eine Vergeudung dieser Kraft, damit auf einem Gebiet mit den beiden Supermächten konkurrieren zu wollen, auf dem Europa auch aus geographischen Gründen nicht mehr gewinnen kann.

Es sollte nicht einmal den Willen haben, auf militärischem Gebiet zu konkurrieren; denn das ist unnötig. Die beiden Supermächte halten sich mit gigantischen militärischen Anstrengungen in Schach. Sie sind auf diesem Gebiet nur bedingt beeinflussbar. Die Deutschen wie die westeuropäischen Hebel sind zu schwach und zu kurz, in Washington wie in Moskau. Da wie dort werden Rüstungsentscheidungen nach wirklichen oder vermeintlichen Notwendigkeiten der eigenen Sicherheit getroffen.

Europa sollte erkennen, daß die militärische Stärke der beiden Supermächte in beträchtlichem Umfang unwirklich ist. Sie ist so groß, daß ihre Benutzung den eigenen Untergang, gewiß auch den Europas, brächte und das Leben auf unserem Globus schlechthin gefährden würde. Wenn die Frage von Sein oder Nichtsein der Menschheit einschließlich der beiden Großen diese nicht davon abhält, ihre Overkill-Kapazitäten freizulassen, dann wird es auch Europa nicht schaffen. Die Eigeninteressen am Überleben bremsen die Großen stärker als alles, was dem hinzugefügt werden könnte.

Wenn diese Bremsen halten, wird die unbegrenzte Macht zur begrenzten Ohnmacht; denn Stärke, die nicht angewendet werden soll oder darf oder wird, ist eben nur noch bedingt Stärke. Europa sollte also seine Politik auf der Hypothese aufbauen, daß es den Dritten Weltkrieg nicht geben wird.

Europa sollte seine Zukunft bewußt als Alternative zu dem Kurs der beiden Supermächte ins Auge fassen, also der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Stärke eine höhere Priorität als der seiner militärischen geben. Europa West und Europa Ost könnten ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Prinzip der Arbeitsteilung entwickeln, zum beiderseitigen Vorteil bis zu einem Grad gegenseitiger Abhängigkeiten, an deren Ende eine wirtschaftliche Verflechtung entsteht, die friedenssichernde Qualität erhält. Damit würde Entspannung in der

Region zwischen den beiden Supermächten, also in Europa, unumkehrbar.

Dies wäre der selbständige Beitrag, den Europa zur Sicherung des Weltfriedens leisten kann. Er würde bedeutende Energien in Wissenschaft und Technik freisetzen und Europa befähigen, eine kräftigere Hand zur Unterstützung der Dritten Welt auszustrecken, die nicht nur unter militärischer, sondern auch unter wirtschaftlicher Schwäche leidet.

Ein solcher Weg verlangt auch gemeinsame Forschung und die Entwicklung gemeinsamer Projekte, deren Ergebnisse natürlich gemeinsames Eigentum und nicht künstlichen Hemmnissen des Austausches unterworfen wären. Die französische Haltung zu SDI ist eine europäische.

Die sicherheitspolitische Seite eines solchen Konzepts verlangt die beiden Bündnisse und den strategischen Schirm der USA, der in überschaubarer Zeit unersetzbar bleibt. Die strategische Kopplung zwischen Europa und den USA liegt auch im amerikanischen Interesse. Es ist nicht Großmut, der Amerika Wert darauf legen läßt, die sowjetischen strategischen Streitkräfte zu neutralisieren und Europa nicht in den Sog des sowjetischen Machtbereiches fallen zu lassen.

Die französische und britische Atomwaffe, die sich in einem ebenso bemerkenswerten wie schnellen Ausbau befindet, wird ihren Charakter der unteilbaren nationalen Verfügung behalten. Es wird weder eine europäische Nuklearmacht noch eine geben, in der ein deutscher Finger an den Knopf kommt.

Insofern gibt es kein europäisches Sicherheitskonzept, in dem die Bundesrepublik gegenüber Frankreich mehr Rechte verlangen könnte, als sie gegenüber der Nuklearmacht USA hat. Das ist auch nicht erforderlich, wenn die politische Vereinbarung klar ist, daß die französische Atomwaffe, neben oder unabhängig vom amerikanischen strategischen Schirm, zur Sicherheit Europas disponiert und unter zu vereinbarenden Voraussetzungen bereitsteht.

Es ist klar, daß Großbritannien und Frankreich keine nuklearen Kriegsführungskapazitäten, sondern rein politische Abschreckungsmittel haben, die im Falle eines Angriffs auf Westeuropa eingesetzt würden. Dem müßte die Sowjet-Union Rechnung tragen.

Bilaterale Verhandlungen zwischen Paris, London und Moskau hätten ein europäisches nukleares Gleichgewicht zum Ziel, das alle anderen amerikanischen und sowjetischen für Europa relevanten Atomwaffen entbehrlich macht. Ein derartiger Ansatz könnte auch für die Genfer Verhandlungen im Mittelstrecken-Bereich fruchtbar sein.

Voraussetzung ist ein annäherndes konventionelles Gleichgewicht zwischen Nato und Warschauer Vertrag in Europa

auf möglichst niedrigem Niveau, das den Vereinigten Staaten keine zusätzlichen Belastungen abverlangt. Westeuropa ist in der Lage und, wenn es eine eigenständige Rolle spielen will, auch verpflichtet, seine konventionelle Verteidigungsfähigkeit in dem Maß zu garantieren, das einen rein konventionellen Angriff durch ein zu hohes Risiko aussichtslos macht; das heißt: das annähernde konventionelle Gleichgewicht kann nur das Ergebnis von Verhandlungen sein; die Europäer sollten drängen, daß die seit Jahren vorliegende sowjetische Bereitschaft dazu getestet wird.

Vorstellungen über atomwaffenfreie Zonen in Europa erhalten einen qualitativen und operativen Stellenwert in einem solchen Konzept.

Was wäre das Ergebnis einer solchen Politik?

Auf den ersten Blick würde sich wenig ändern: Nato und Warschauer Vertrag blieben ebenso wie die Truppen unterschiedlicher Nationalität, die Grenzen, EG und RGW ebenso wie die ideologischen Unterschiede.

Dennoch würde sich die Nato-Strategie zu ändern haben. Aber die Nato-Strategie wird in jedem Fall geändert; warum nicht im Interesse Europas und seiner damit wachsenden Sicherheit, die schließlich auch mehr Sicherheit für die beiden Supermächte bedeuten würde? Ändern würde sich auch, daß zum erstenmal wirklich ein europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses entstünde, unter Umständen mit all den Folgerungen, die Henry Kissinger in seinen Überlegungen zur Reform der Nato unter dem Gesichtspunkt erhöhter europäischer Verantwortung umrissen hat. Die Selbstbehauptung Europas hätte dann Substanz.

Es ist kein Zufall, daß die Voraussetzungen einer derartigen Politik in Paris und in Moskau zu klären sind. Hier liegt das Feld einer sinnvollen deutschen Initiative. Die Gespräche von Willy Brandt in dieser Woche in Paris und danach in Moskau sowie das Treffen Helmut Kohls Ende des Monats mit Mitterrand werden Aufschluß geben, ob solche Perspektiven zu öffnen sind. Eine neue Ostpolitik ist keine isolierte deutsche Sache, sondern eine europäische, die Zusammenwirken voraussetzt und Sicherheit und Wirtschaft zu den untrennbaren beiden Seiten derselben Medaille macht.

Das wäre ein Weg, der Europa eine Zukunft und eine weltpolitische Rolle gäbe, die seiner Kraft und seinen Fähigkeiten entspricht.

SPIEGEL Essay
